

tationen aller Art hat längere Zeit dazu geführt, daß sich die Sozialpolitik überwiegend den Verhältnissen der Handarbeiter zuwendete. Hier war auch wegen des großen Teiles der Bevölkerung, der auf der Hände Arbeit angewiesen ist, das Gesamtinteresse stärker in Mitleidenschaft gezogen und das Bedürfnis nach Beseitigung von Mißständen dringender, als bei den Kopfarbeitern. Als die wichtigsten Aufgaben in bezug auf die Handarbeiter gelöst waren, wandte sich das öffentliche Interesse auch den Privatbeamten mehr zu. Mißstände waren und sind auch bei diesen vorhanden. Es ist aber nicht zu verkennen, daß nach manchen Richtungen hin in dem Stande der Privatbeamten die Dinge wesentlich günstiger liegen, als bei den Handarbeitern. Der Abstand zwischen Unternehmern und Angestellten ist nicht so groß, wie zwischen Unternehmern und Arbeitern. Nach Bildung, Wissen und sozialer Stellung stehen die Privatbeamten den Unternehmern vielfach näher als die Arbeiter. Die Möglichkeit, in die Reihe der wirtschaftlich Selbständigen einzurücken, ist für die Privatbeamten namentlich im Handelsgewerbe erheblich größer, als für den Handarbeiter, wenn auch der Großbetrieb im Handel beträchtliche Fortschritte gemacht hat. Zudem sind die Gehälter der Angestellten nach Zahlungsfrist und Höhe, so viel auch in dieser Beziehung zu klagen sein mag, vielfach günstiger und die Anstellungsbedingungen vielfach besser, als bei den Handarbeitern. Das alles führt dazu, daß im allgemeinen der Privatbeamtenstand sich nicht in sozialer Interessengemeinschaft mit den Handarbeitern fühlt. Früher war die Abneigung gegen alle sozialdemokratischen Bestrebungen aus diesem Grunde unter den Privatbeamten fast durchweg vorhanden. Neuerdings hat die sozialdemokratische Bewegung freilich auch einen Teil der Privatbeamten erfaßt und eine Reihe von Organisationen hervorgerufen, die völlig unter sozialdemokratischem Einfluß stehen. Aber ein sehr großer Teil der Privatbeamten, namentlich der, dessen wirtschaftliche und soziale Stellung von derjenigen der Arbeiter weiter ab liegt, hält sich davon fern; seine Interessen sind auch tatsächlich anders geartet und haben von dem Anschluß an die sozialdemokratische Bewegung keine Förderung zu erwarten.

Für den besser gestellten Teil der Privatbeamten bietet der Weg der Selbsthilfe in manchen Beziehungen größere Aussicht auf Erfolg und ist in der neueren Zeit in ansehnlichem Umfange beschritten worden. Freilich hat sich auch hier gezeigt, daß für gewisse Gebiete das Eingreifen der Gesetzgebung unentbehrlich ist, wenn durchgreifende Besserungen erreicht werden sollen. Das ist namentlich bei den mit dem Arbeiterschutz in bezug auf Leben, Gesundheit und Sittlichkeit verwandten Gebieten der Fall, also in der Frage der Sonntagsruhe, der täglichen Arbeitszeit, des früheren Ladenschlusses, der Beseitigung der